

2 Die Grünen in Baden-Württemberg

Die Landesverbände deutscher Parteien sind einerseits Teil der Gesamtorganisation, andererseits eigenständige Akteure mit eigener Geschichte und jeweiligen Besonderheiten. Vor allem bei Bündnis 90/Die Grünen kommt den Landesparteien eine große Autonomie zu (vgl. Switek 2015: 76). Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der baden-württembergische Landesverband der Grünen näher beschrieben. Dazu erfolgt zunächst ein chronologischer Überblick, der von der Parteigründung bis zum Beginn ihrer zweiten Amtsperiode als führende Regierungspartei reicht. Im Anschluss daran wird dargestellt, welchen Stellenwert die Grünen in Baden-Württemberg innerhalb der Bundespartei haben und inwiefern sie sich von anderen Landesverbänden unterscheiden.

2.1 Historischer Überblick

2.1.1 Gründung und Etablierung (1979-1991)

Gräber (vgl. 2011: 19) verweist darauf, dass sowohl die deutsche Anti-Atomkraftbewegung als auch die Grünen als Partei ihre Wurzeln in Baden-Württemberg haben. Zurückführen lässt sich dies auf den Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk Wyhl am Kaiserstuhl während der 1970er Jahre. Dort sei eine einzigartige Protestkultur entstanden, die linke Studenten, Umweltschützer und die betroffene ländliche Bevölkerung zusammengebracht habe.

Anstoß für die Gründung des grünen Landesverbands (noch vor der Konstituierung der Bundespartei¹⁷) war der Wahlerfolg des Zusammenschlusses unterschiedlicher Bürgerinitiativen und grüner Parteien bei der erstmaligen Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 1979. Die sogenannte ‚Sonstige Politische Vereinigung – Die Grünen‘ erzielte bundesweit 3,2 Prozent und in Baden-Württemberg sogar 4,5 Prozent. In vielen Städten und Landkreisen konnte sie die Fünf-Prozent-Hürde überwinden, sodass der Einzug in den Stuttgarter Landtag möglich schien (vgl. Weber 2015a: 25).

Aus diesem Grund kamen am 30. September 1979 in Sindelfingen etwa 700 Personen zusammen, um die Landespartei zu gründen. Sie stammten aus bereits

17 Diese erfolgte am 12. und 13. Januar 1980 in Karlsruhe.

bestehenden grünen Parteien,¹⁸ Bürgerinitiativen, Lebensschutzverbänden und einer eher konservativen anthroposophischen Strömung, dem Achberger Kreis. Die Gründungsgrünen im Südwesten waren somit stärker bürgerlich geprägt und weniger links-alternativ als andernorts (vgl. Raschke 1993: 249; Weber 2015a: 26, 31).

Am 16. März 1980 gelang den Grünen der Einzug in den baden-württembergischen Landtag. Mit ihrem Ergebnis von 5,3 Prozent¹⁹ konnten sie ihren ersten Erfolg in einem Flächenland erzielen und unter Beweis stellen, dass sie nicht nur in Stadtstaaten erfolgreich sein konnten.²⁰ Die erste grüne Fraktion, bestehend aus sechs Parlamentariern, wollte nicht durch Provokationen auffallen, sondern konstruktive Oppositionsarbeit leisten. Auch wenn sie sich mit ihren parlamentarischen Initiativen in der Regel nicht durchsetzen konnten, lieferten die Grünen im Stuttgarter Landtag doch wichtige Anstöße (unter anderem im Bereich des Umweltschutzes) und erfuhren dabei Unterstützung durch die anderen Fraktionen, deren Respekt sie in den kommenden Jahren erlangten (vgl. Gänzle 2004: 137-138; Weber 2015b: 54-57).²¹ Von dieser seriösen Arbeit profitierte die Partei im Südwesten: Bei der Landtagswahl am 25. März 1984 konnten die Grünen ihr Ergebnis deutlich verbessern und kamen auf 8,0 Prozent der Stimmen.

Raschke (1993: 143) charakterisiert die Geschichte der Grünen als eine „Geschichte von Richtungskämpfen“ innerhalb der Partei. Dabei kam es vor allem zu Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des fundamentalistischen Flügels (Fundis) und des realpolitischen Flügels (Realos).²² Zwar waren die Grünen in Baden-Württemberg „von Anfang an bürgerlicher, wertkonservativer und kompromissbereiter als andere Landesverbände“ (Weber 2015d: 126). Allerdings gab es laut Raschke (vgl. 1993: 252) im Südwesten eine starke Fundi-Minderheit, die den Realos in teilweise heftigen Flügelkämpfen entgegentrat. Strittige Themen waren vor allem die Rotation von Landtagsabgeordneten sowie die Professionalisierung der Partei, insbesondere die Ausgestaltung und Vergütung des Landesvorstands. Daneben waren Personalfragen Anlass für Auseinandersetzungen. Hierzu zählte der Versuch, 1986 Jutta Dittfurth, eine Sprecherin des Bundesvorstands und

18 Diese waren die AUD (Aktiongemeinschaft Unabhängiger Deutscher), die GAZ (Grüne Aktion Zukunft) sowie die GLU (Grüne Liste Umwelt) (vgl. Raschke 1993: 249).

19 Alle Angaben über die Ergebnisse der Landtagswahlen und der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 stammen vom statistischen Landesamt Baden-Württemberg (vgl. 2011; 2016). Im Anhang findet sich eine vollständige Aufstellung der Stimmenanteile der jeweils im Landtag vertretenen Parteien im Zeitraum von 1980 bis 2016.

20 Zuvor hatte bereits die Grüne Liste in Bremen den Sprung in die Bürgerschaft geschafft (vgl. Gräber 2011: 22).

21 Eine ausführlichere Analyse der Parlamentarisierung der Grünen im Zeitraum von 1980 bis 1992 findet sich bei Welte (1994).

22 Auf die verschiedenen innerparteilichen Strömungen der Grünen wird ausführlicher im vierten Kapitel eingegangen.

prominente Vertreterin des Fundi-Flügels, auf einen sicheren Listenplatz für die Bundestagswahl 1987 zu setzen (vgl. Weber 2015c: 107-109). Dieses Vorhaben scheiterte am Widerstand sowohl realpolitischer als auch linker Kräfte in Baden-Württemberg und führte mittelfristig dazu, dass „ein pragmatischer reformpolitischer Grundkonsens weit über das eigentliche Realolager hinaus vorhanden war“ (Gräber 2011: 28).

Für die Identität der Grünen im Südwesten war die Abgrenzung „zur als fundamentalistisch erlebten Bundespartei“ (Raschke 1993: 258) von großer Bedeutung. Unter anderem wurde die Frage, ob sich die Partei an Regierungen beteiligen sollte, schon früh positiv beantwortet. Trotz größerer inhaltlicher Schnittmengen wurde ein Bündnis mit der SPD aufgrund ihrer andauernden Schwäche im Südwesten²³ als keine realistische Option erachtet. Deshalb wurde bereits in den 1980er Jahren über Formen der Zusammenarbeit mit den Christdemokraten nachgedacht. 1987 wurde das aus den Reihen der Realos stammende Thesenpapier ‚Für eine politische Kultur der wechselnden Mehrheiten‘ heftig diskutiert. Darin wird das Szenario durchgespielt, dass die Grünen Lothar Späth zum Ministerpräsidenten wählen könnten, sollte er die absolute Mehrheit bei der Landtagswahl 1988 verfehlen. Die dadurch entstehende CDU-Minderheitsregierung könnte dann in ausgewählten Politikfeldern mit den Grünen kooperieren und ansonsten mit wechselnden Mehrheiten regieren. Der Vorschlag stieß allerdings auf großen Widerstand und wurde letztlich von den Initiatoren zurückgezogen (vgl. Gräber 2011: 26-27; Weber 2015d: 129). Nichtsdestotrotz war dies ein Signal an die anderen Parteien, dass die Grünen im Stuttgarter Landtag Einfluss auf die Politik im Land nehmen wollten. Bei der darauf folgenden Landtagswahl am 20. März 1988 stellte sich jedoch die Frage einer Zusammenarbeit nicht. Die CDU erreichte 49,0 Prozent und konnte wieder allein regieren. Die Grünen konnten ihren Stimmenanteil mit 7,9 Prozent ungefähr halten. Indem sie zum dritten Mal in Folge die Fünf-Prozent-Hürde überwandten, überraschten sie nicht nur Lothar Späth, der öffentlich dagegen gewettet hatte, und stellten unter Beweis, dass sie ein fester Bestandteil der Landespolitik geworden waren (vgl. Gänzle 2004: 124).

2.1.2 Zunehmende Bedeutung in der Landespolitik (1992-2008)

Die Machtverhältnisse in Stuttgart änderten sich zu Beginn der 1990er Jahre deutlich, weshalb erstmals die Bildung einer schwarz-grünen Koalition in einem Bundesland zur Diskussion stand. Bei der Landtagswahl am 5. April 1992 zogen die

23 Ihr bestes Wahlergebnis erzielten die Sozialdemokraten im Jahr 1972 mit 37,6 Prozent. Seit Bestehen der Grünen gelang es ihnen jedoch nie, mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen zu erhalten (vgl. Eith 2008: 108).

rechtspopulistischen Republikaner mit einem Ergebnis von 10,9 Prozent in den baden-württembergischen Landtag ein. Infolgedessen konnte die CDU nicht mehr allein regieren. Sowohl Schwarz-Gelb als auch eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen schieden als Optionen aus, da sie keine Parlamentsmehrheit erreicht hätten.

Somit standen die Christdemokraten vor der Wahl, eine Koalition mit der SPD oder den Grünen einzugehen. Letztere wurden mit 9,5 Prozent der Stimmen viertstärkste Kraft im Land. Der damalige Ministerpräsident Erwin Teufel führte mit beiden potenziellen Bündnispartnern Sondierungsgespräche. Innerhalb seiner Partei gab es jedoch nur wenige Befürworter von Schwarz-Grün. Im Landesverband der Grünen war die Haltung zwar skeptisch, aber grundsätzlich aufgeschlossen. Der größte Widerstand von grüner Seite kam vom Bundesverband, der durch eine Koalition mit der CDU die Glaubwürdigkeit der gesamten Partei bedroht sah (vgl. Schlauch 2011: 65-66; Weber 2015d: 153-154).

Am Ende entschied sich Teufel für die Große Koalition. Auch wenn sie nicht an der Landesregierung beteiligt waren, wurden die Grünen doch ab diesem Zeitpunkt als potenziell koalitionsfähig betrachtet und erhielten dadurch eine höhere Relevanz im baden-württembergischen Parteiengefüge (vgl. Raschke 1993: 264).

Bei der Landtagswahl am 24. März 1996 erzielten die Grünen mit 12,1 Prozent ihr bis dahin bestes Ergebnis. Da eine schwarz-gelbe Mehrheit jedoch möglich war, entschied sich Ministerpräsident Teufel für die FDP als neuen Koalitionspartner. Bei der darauf folgenden Wahl verloren die Grünen wieder Stimmen. Als die SPD 2001 mit der jungen Spitzenkandidatin Ute Vogt antrat und bei der Landtagswahl am 25. März 33,3 Prozent der Stimmen erhielt, entfielen auf die Grünen lediglich 7,7 Prozent.

Bei der Landtagswahl am 26. März 2006 konnten die Grünen sich dagegen wieder spürbar verbessern und erzielten 11,7 Prozent der Stimmen. Die CDU konnte ihre Vormachtstellung (44,2 Prozent) erhalten, während die SPD deutlich verlor. Unter Ministerpräsident Günther Oettinger kam es erneut zu Sondierungsgesprächen zwischen Christdemokraten und Grünen. Jedoch entschied sich auch diesmal die CDU für eine Koalition mit der FDP. Bei dieser Entscheidung spielte Stefan Mappus, der betont konservative Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag und Gegner einer schwarz-grünen Zusammenarbeit, eine entscheidende Rolle (vgl. Schlauch 2011: 68-69).

Auch wenn die Grünen in der baden-württembergischen Landespolitik in den 1990ern und den 2000ern weiterhin in der Opposition blieben, konnten sie doch wichtige Erfolge auf der kommunalen Ebene erzielen. 1991 wurde auf der schwäbischen Alb in der Gemeinde Maselheim mit Elmar Braun zum ersten Mal in Deutschland ein Grüner hauptamtlicher Bürgermeister. In den folgenden Jahren wurden grüne Kandidaten in mehreren Städten zum Oberbürgermeister gewählt:

Horst Frank 1996 in Konstanz, Dieter Salomon 2002 in Freiburg sowie Boris Palmer 2006 in Tübingen. Bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart 1996 konnte zudem Rezzo Schlauch mit rund 39 Prozent im zweiten Wahlgang einen Achtungserfolg erzielen. Allerdings gewann Wolfgang Schuster (CDU) die Wahl, da die SPD Schlauch nicht durch den Rückzug ihres Kandidaten unterstützen wollte (vgl. Gräber 2011: 32-34). Erst im Jahr 2012 konnten die Grünen mit Fritz Kuhn die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart gewinnen und damit erstmalig das Oberhaupt einer Landeshauptstadt stellen.

2.1.3 *Aufstieg zum Hauptgegner der CDU (2009-2016)*

Die CDU stellte zwischen 1953 und 2011 in Baden-Württemberg durchgehend den Ministerpräsidenten. Zwischen 1972 und 1992 konnte sie sogar ohne Koalitionspartner regieren (vgl. Eith 2008: 108, 110). Diese Vormachtstellung im baden-württembergischen Parteiensystem führte dazu, dass sich die Südwest-Grünen stets in Richtung CDU orientierten. Auch die Konservativen schenkten spätestens seit Ende der 1980er Jahre den Grünen mehr und mehr Beachtung. Schlauch (vgl. 2011: 69) beschreibt das Verhältnis zwischen Christdemokraten und Grünen unter den Ministerpräsidenten Späth, Teufel und Oettinger als respektvoll und dialogorientiert. Unter Stefan Mappus sei diese Tradition jedoch beendet worden. Als Fraktionsvorsitzender habe er stets auf Konfrontation gegenüber den Oppositionsparteien gesetzt. Spätestens seit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident Anfang 2010 seien die Grünen nicht mehr als Alternative zur FDP betrachtet worden, weshalb die CDU auf eine weitere Annäherung verzichtet habe.

Besonders deutlich wurde der Gegensatz der beiden Parteien in der Auseinandersetzung um das Infrastrukturprojekt ‚Stuttgart 21‘ (S21), bei dem der bestehende Kopfbahnhof in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut werden sollte, um die Verkehrsanbindung der Landeshauptstadt zu verbessern.²⁴ Während CDU, FDP und größtenteils auch die SPD für das Projekt waren, lehnten die Grünen es als einzige im Landtag vertretene Partei ab.

Laut Brettschneider und Schuster (vgl. 2013: 14) richtete sich der Widerstand nicht nur gegen das Bauvorhaben selbst. Neben den ausufernden Kosten und den negativen Konsequenzen für den Städtebau, den Nah- und Fernverkehr sowie die Umwelt wurde auch die Art und Weise kritisiert, wie in der Landespolitik Entscheidungen getroffen und in welchem Umfang die Bürger daran beteiligt werden.

Seit 2009 kam es vermehrt zu Demonstrationen gegen das Milliardenprojekt. Dies beflügelte die Grünen bei den Kommunalwahlen im selben Jahr, sodass sie

24 Eine ausführliche Darstellung des Projekts findet sich bei Stuckenbrock (2013).

im Stuttgarter Gemeinderat stärkste Kraft wurden (vgl. Gabriel & Kornelius 2011: 785). Ab dem Sommer 2010, zu Beginn größerer Abrissarbeiten an dem alten Bahnhofsgebäude, nahmen die Proteste in Stuttgart deutlich zu. Zehntausende Demonstranten gingen 2010 und 2011 gegen S21 auf die Straße.²⁵ Gabriel und Kornelius (vgl. 2011: 786) weisen darauf hin, dass sich der Protest zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ausschließlich gegen das Bauprojekt, sondern auch gegen die Deutsche Bahn, den Oberbürgermeister von Stuttgart und die Landesregierung, insbesondere den Ministerpräsidenten, richtete.²⁶

Trauriger Höhepunkt der Proteste war der 30. September 2010, der als ‚Schwarzer Donnerstag‘ in die Geschichte Baden-Württembergs eingehen sollte. Bei einer friedlichen Großkundgebung im Stuttgarter Schlossgarten wurden mehr als 100 Personen verletzt, als die Polizei mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Pfefferspray gegen die Demonstranten vorging. Daraufhin kam es zu einem im Fernsehen übertragenen Schlichtungsverfahren unter der Leitung von Heiner Geißler. Dabei wurden die Einzelheiten des Projekts und mögliche Alternativen mit Projektbefürwortern und -gegnern ausführlich diskutiert. Das Ergebnis dieses Verfahrens war die Empfehlung eines modifizierten Weiterbaus. Dies beruhigte die Auseinandersetzung zwar etwas, der Konflikt schwelte jedoch weiter (vgl. Keil & Gabriel 2012: 239-240; Roth 2013: 21; Stuckenbrock 2013: 43-47).

Stuttgart 21 war daher noch während des Wahlkampfs im Winter 2010/2011 präsent. Dies lag möglicherweise auch daran, dass die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel die Landtagswahl zur Abstimmung über S21 erklärte (vgl. Schlauch 2011: 69).

Daneben waren Schul- bzw. Bildungspolitik sowie Energiepolitik die zentralen Wahlkampfthemen (vgl. Gabriel & Kornelius 2011: 787). Letzteres Thema war durch Ereignisse außerhalb des Bundeslands geprägt. Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung beschloss im Herbst 2010 eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke, was deutschlandweit eine Mobilisierung der Anhänger der Grünen bewirkte. Die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima infolge eines Erdbebens und Tsunamis am 11. März 2011 führte jedoch dazu, dass die von der Union geführte Bundesregierung eine Kehrtwende vollzog. Sie beschloss die Laufzeitverlängerung zunächst für drei Monate auszusetzen, um die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke zu überprüfen. Während dieser Zeit sollten zudem die sieben ältesten Atomkraftwerke abgeschaltet bleiben (vgl. Spiegel Online 2011).

25 Die größte Demonstration (ca. 50.000 Teilnehmer) fand Anfang Oktober 2010 statt. Für eine ausführlichere Darstellung der Teilnehmerzahlen siehe Stuckenbrock (2013).

26 In der medialen Berichterstattung wurden die Demonstranten häufig auch polemisch als „Wutbürger“ (Der Spiegel 2010: 26) bezeichnet.

Die baden-württembergische CDU, obwohl traditionell für Atomkraft, unterstützte den Kurs der Bundesregierung. Roth (vgl. 2013: 21-22) verweist darauf, dass der Wandel von Stefan Mappus vom lautstarken Anhänger der Kernkraft hin zum Verteidiger des Atomausstiegs von den Wählern in Baden-Württemberg als wahltaktisch motiviert und deshalb unglaublich angesehen wurde.²⁷ Die Grünen galten hingegen seit jeher als Anti-Atompartei. So konnten sie davon profitieren, dass dieses Thema an der Spitze der politischen Agenda stand.

Gabriel und Kornelius (vgl. 2011: 787) weisen allerdings darauf hin, dass der Wahlerfolg der Grünen nicht monokausal zu erklären sei. Schließlich habe die Partei schon deutlich vor der Landtagswahl gute Umfrageergebnisse erzielt, was sowohl der schlechten Performance der damaligen Bundesregierung aus Union und FDP als auch der Schwäche der SPD auf Bundesebene geschuldet gewesen sei.

Wichtig für die Landtagswahl 2011 waren außerdem die Kandidaten: Zwar war Stefan Mappus bekannter als seine Mitbewerber, jedoch wurden die Spitzenkandidaten der SPD und der Grünen, Nils Schmid und Winfried Kretschmann, von den Wählern als sympathischer und glaubwürdiger wahrgenommen. Mappus war so unbeliebt wie kein anderer Ministerpräsident Baden-Württembergs vor einer Landtagswahl, weshalb die Christdemokraten nicht auf den Amtsbonus eines etablierten Regierungschefs zählen konnten (vgl. Keil & Gabriel 2012: 243).²⁸

Der polarisierende Wahlkampf führte zu einer großen Mobilisierung der Wähler, was sich in einer erhöhten Wahlbeteiligung von 66,3 Prozent niederschlug (zum Vergleich: 2006 waren es 53,4 Prozent). Roth (vgl. 2013: 28) verweist darauf, dass in den seltensten Fällen eine gesteigerte Mobilisierung einer einzigen Partei zugutekommt, da in der Regel sowohl ihre Anhänger als auch ihre Gegner verstärkt zur Wahl gehen. 2011 hätten jedoch die Grünen in Baden-Württemberg aufgrund der für die Wahl besonders relevanten Themen überproportional von der erhöhten Wahlbeteiligung profitiert.

Die im Land vorhandene Wechselstimmung²⁹ trug am Wahltag zu einer deutlichen Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses im Landtag bei (siehe Tabelle 1). Noch am Abend des 27. März 2011 war klar, dass die CDU die Koalition mit der FDP nicht würde fortsetzen können. Die Grünen erlangten 24,2 Prozent der Stimmen – das bis dahin beste Ergebnis, dass sie je bei einer Landtagswahl

27 Dieser Eindruck wurde durch Berichte verstärkt, wonach Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) wahltaktische Motive für die Kehrtwende der Bundesregierung bei einem Treffen mit Vertretern der Wirtschaft offen zugab (vgl. Süddeutsche.de 2011).

28 Hierzu trug die EnBW-Affäre bei. Ende 2010 veranlasste Mappus ohne Beteiligung des Landtags den umstrittenen Rückkauf von Aktien des Energieversorgers EnBW für rund fünf Milliarden Euro, was später als verfassungswidrig gerügt wurde (vgl. Roth 2013: 20).

29 Kurz vor der Wahl waren laut der Forschungsgruppe Wahlen (vgl. 2011: 1) 57 Prozent der Bürger der Meinung, es sei an der Zeit, dass neue Parteien in Baden-Württemberg regierten.

erzielt hatten. Zusammen mit der SPD, die ein Mandat weniger erhielt, konnten sie die Mehrheit der Sitze auf sich vereinen. Somit kam es zu einem „historischen Machtwechsel“ (Wagschal et al. 2013: 7), da nicht nur die beinahe sechs Jahrzehnte regierende CDU abgelöst, sondern auch zum ersten Mal eine grün geführte Koalition in Deutschland gebildet wurde.

Tab. 1: Wahlergebnis der baden-württembergischen Landtagswahl 2011

Partei	Stimmenanteil 2011	Differenz zu 2006	Sitzverteilung 2011	Differenz zu 2006
CDU	39,0 %	-5,2 %	60	-9
GRÜNE	24,2 %	+12,5 %	36	+19
SPD	23,1 %	-2,1 %	35	-3
FDP	5,3 %	-5,4 %	7	-8

Es sind lediglich die im Landtag vertretenen Parteien aufgeführt. Eigene Darstellung. Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2016).

Am 12. Mai 2011 wurde Winfried Kretschmann, Gründungsmitglied der Grünen im Südwesten und langjähriger Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag, zum neunten Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gewählt. In seiner Regierung besetzten beide Koalitionsparteien ungefähr gleich viele Posten, allerdings erhielten die Sozialdemokraten die Leitung über mehr Ministerien (siehe Abbildung 1). Die SPD stellte die Minister der bedeutsamen Ressorts Kultus, Finanzen und Wirtschaft sowie Inneres. Die Grünen beanspruchten im Gegenzug die für sie wichtigen Ministerien für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz (vgl. Gabriel & Kornelius 2011: 800-801). Letzteres Ministerium war auch für den ländlichen Raum verantwortlich, womit die Grünen zum Ausdruck brachten, dass sie sich nicht nur für urbane Belange zuständig sahen. Darüber hinaus wurde den Themen Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft durch die Berufung einer hierfür zuständigen Staatsrätin mehr Bedeutung verschafft.

Abb. 1: Die grün-rote Landesregierung

Amt	Person (Partei)
Ministerpräsident	Winfried Kretschmann (Grüne)
Minister für Finanzen und Wirtschaft; stellvertr. Ministerpräsident	Nils Schmid (SPD)
Ministerin im Staatsministerium	Silke Krebs (Grüne)
Minister für den Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten	Peter Friedrich (SPD)
Innenminister	Reinhold Gall (SPD)
Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Franz Untersteller (Grüne)
Minister für Kultus, Jugend und Sport	Andreas Stoch ³⁰ (SPD)
Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Alexander Bonde (Grüne)
Justizminister	Rainer Stickelberger (SPD)
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Theresia Bauer (Grüne)
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	Katrin Altpeter (SPD)
Minister für Verkehr und Infrastruktur	Winfried Hermann (Grüne)
Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur	Gisela Splett (Grüne)
Ministerin für Integration	Bilkay Öney (SPD)
Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung	Gisela Erler (Grüne)

Stand: 29.02.2016. Nicht ausgewiesen sind Staatssekretäre ohne Stimmrecht im Kabinett. Eigene Darstellung. Quelle: Staatsministerium Baden-Württemberg (2016a).

Wichtige von der grün geführten Landesregierung umgesetzte Vorhaben waren die Abschaffung der Studiengebühren, die Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald, eine Polizeireform, die verstärkte Förderung erneuerbarer Energien sowie Reformen im Bildungsbereich, vor allem die Ausweitung von Ganztagsschulen sowie die Schaffung eines neuen Schultyps, der sogenannten Gemeinschaftsschule (vgl. Wagschal 2013: 264-265).³¹ Die Landesregierung setzte sich zudem das Ziel, eine neue politische Kultur zu schaffen. Laut Koalitionsvertrag verstand sich Grün-Rot als eine „echte Bürgerregierung“ (Bündnis 90/Die Grünen & SPD Baden-Württemberg 2011: 2), die eine „Politik des Gehörtwerdens“ (Kretschmann 2013: 11) etablieren wollte. Diese beinhaltete zum

30 Stoch folgte am 23. Januar 2013 auf Gabriele Warminski-Leitheußer (ebenfalls SPD), die kurz zuvor von ihrem Amt zurücktrat.

31 Eine ausführliche Darstellung der Bilanz von Grün-Rot in unterschiedlichen Politikfeldern findet sich in der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2015).

einen eine größere Beteiligung der Bürger bei Planungs- und Gesetzgebungsverfahren. Zum anderen war ein wesentlicher Bestandteil die Stärkung der direkten Demokratie, insbesondere durch die Senkung der Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide bzw. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene.³²

Gleich zu Beginn ihrer Regierungszeit nutzte die grün-rote Koalition ein direktdemokratisches Element, um das umstrittenste Thema der Landespolitik zu klären. Da sich Grüne und SPD nicht einigen konnten, ob das Land weiterhin S21 unterstützen sollte, wurde für den 27. November 2011 eine Volksabstimmung angesetzt. Darin konnten die Baden-Württemberger einem ‚Stuttgart 21 Kündigungsgesetz‘ zustimmen bzw. es ablehnen. An der Volksabstimmung beteiligten sich 48,3 Prozent der Stimmberechtigten. Die Mehrheit der Bürger (58,9 Prozent) sprach sich gegen das Kündigungsgesetz und somit für eine Fortführung des Bahnprojekts aus.

Faas (vgl. 2012) betont, dass die Gegner des Projekts zwar mit dem Ergebnis nicht glücklich, nichtsdestotrotz zufrieden gewesen seien, da überhaupt eine Abstimmung stattgefunden habe. Dies habe dazu beigetragen, das Thema zu befrieden und es von der Spitze der politischen Agenda des Landes zu nehmen. Das Verhalten des grünen Ministerpräsidenten spielte hierbei eine wichtige Rolle: Indem er die demokratisch getroffene Entscheidung akzeptierte, obwohl sie nicht der Position der Grünen entsprach, gewann Kretschmann viel Respekt innerhalb der baden-württembergischen Bevölkerung. Infolgedessen nahm seine Bekanntheit und Beliebtheit im Land deutlich zu (vgl. Faas 2013: 26, 34). Somit sei diese inhaltliche Niederlage letztlich ein Erfolg für Winfried Kretschmann und die Grünen gewesen (vgl. Faas 2012).

Auch in den folgenden Jahren war der grüne Ministerpräsident enorm populär. Schlauch (2015: 39) führt diesen Umstand auf Kretschmanns Auftreten und Persönlichkeit zurück:

Außerhalb der Politik führt er das völlig unspektakuläre Leben eines normalen schwäbischen Familienvaters mit seiner Frau Gerlinde und seinen Kindern. Er wandert, er feiert alljährlich seltsame Fastnetsbräuche wie das Froschkuttelessen, er ist im Schützenverein und singt im Kirchenchor. Er ist gläubiger Katholik [...]. Er lebt als Ministerpräsident so, wie er immer gelebt hat, und das nehmen ihm die Menschen ab.

32 Eine Übersicht aller Maßnahmen und Reformen findet sich auf der Homepage der Landesregierung (vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg 2016b). Siehe hierzu auch den Sammelband von Kiderlen und Metzner (2013) sowie Fatke (2015).

2.1.4 Die Landtagswahl 2016 und ihre Folgen

Während des Wahlkampfs im Winter 2015/16 galt der Ausgang der Landtagswahl als offen. Unter anderem war unklar, ob die CDU wieder stärkste Kraft werden könnte. Den Grünen wurde zwar in Umfragen ein sehr gutes Abschneiden vorausgesagt, allerdings schien eine Fortsetzung der grün-roten Koalition als wenig wahrscheinlich, da sich für die SPD deutliche Einbußen abzeichneten.³³ Absehbar war dagegen, dass die FDP und die rechtspopulistische Alternative für Deutschland in den Landtag einziehen würden.³⁴

Kurz vor der Wahl lag keine Wechselstimmung im Südwesten vor. Die Popularität von Ministerpräsident Kretschmann war ungebrochen hoch: 71 Prozent der Befragten gaben an, mit seiner Arbeit zufrieden zu sein (vgl. SWR 2016). Dementsprechend zielte der grüne Wahlkampf darauf ab, wieder den Ministerpräsidenten zu stellen, und wurde deshalb stark auf die Person des Regierungschefs zugeschnitten. Das Wahlprogramm der Partei trug den Titel ‚Grün aus Verantwortung für Baden-Württemberg‘, die Plakatsprüche waren konservativer gestaltet als bei anderen grünen Wahlkämpfen. Der wiederkehrende Slogan darauf lautete: „Grün wählen für Kretschmann“ (Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg 2016). Während des Wahlkampfs stellte Kretschmann die Grünen als die „neue Baden-Württemberg-Partei“ (Kretschmann 2015: 9) dar, die besser das Land und seine Menschen vertreten könne als die CDU.

Die CDU, die während der Legislaturperiode in den Umfragen stets vor den Grünen lag, büßte in der heißen Wahlkampfphase ihren deutlichen Vorsprung ein. Ein Grund hierfür war ihr Spitzenkandidat Guido Wolf. Der frühere Landtagspräsident konnte sich zwar bei einer innerparteilichen Wahl gegenüber dem CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobel durchsetzen, in der Bevölkerung war er jedoch eher unbekannt und weniger populär als der amtierende Ministerpräsident. Im Februar 2016 gaben beispielsweise 63 Prozent der befragten Bürger an, dass sie bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten für Kretschmann stimmen würden, während lediglich 21 Prozent für Wolf stimmen wollten (vgl. SWR 2016).

Das wichtigste Thema im Wahlkampf war die Flüchtlingspolitik, die seit 2015 die politische Debatte in Deutschland dominierte.³⁵ Die Bundeskanzlerin und

33 Schon zu Beginn der Legislaturperiode wurde bezweifelt, dass sich die SPD gegenüber dem populären Ministerpräsidenten profilieren können würde (vgl. Wagschal et al. 2013: 11).

34 Im „Baden-Württemberg Trend“ von infratest dimap (Stand: 18. Februar 2016) wurden im Rahmen der sogenannten Sonntagsfrage folgende Ergebnisse ermittelt: CDU 31 Prozent, Grüne 28 Prozent, SPD 14 Prozent, AfD 12 Prozent und FDP 8 Prozent (vgl. SWR 2016). Zehn Tage vor der Wahl erzielten die Grünen in einer Umfrage 32 Prozent und die CDU 28 Prozent (vgl. tagesschau.de 2016).

35 2015 wurden in Deutschland rund 442.000 Asylerstanträge gestellt, davon rund 98.000 in Baden-Württemberg (vgl. Ministerium für Integration Baden-Württemberg 2015).

CDU-Vorsitzende Angela Merkel vertrat hierbei eine optimistische Haltung, die im Sommer 2015 im Ausspruch „Wir schaffen das“ (Bundesregierung 2015) prägnant zusammengefasst wurde. Sie sprach sich gegen eine Obergrenze für die Aufnahme von Asylsuchenden aus und arbeitete daran, eine europäische Lösung für deren Verteilung zu finden. Zunächst war die öffentliche Meinung auf Merkels Seite; dies änderte sich jedoch spätestens nach den massenhaften sexuellen Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht 2015 in Köln und anderen deutschen Städten, an denen auch Flüchtlinge beteiligt waren. Anfang 2016 war erstmals eine deutliche Mehrheit der Befragten des Politbarometers der Ansicht, dass Deutschland den Zuzug der Flüchtlinge nicht verkraften könne (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2016a). Der baden-württembergische Landesverband der CDU distanzierte sich im Wahlkampf deshalb zunehmend von Merkels Kurs. Zusammen mit Julia Klöckner, der CDU-Spitzenkandidatin für die zeitgleich stattfindende Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, sprach sich Wolf für eine restriktivere Politik aus, unter anderem durch die Einführung von Grenzzentren und tagesaktuellen Kontingenten für die Aufnahme von Flüchtlingen (vgl. CDU Rheinland-Pfalz 2016). Im Gegensatz dazu unterstützte Winfried Kretschmann die Bundeskanzlerin ausdrücklich in ihrem Kurs.³⁶ Damit machte er deutlich, dass die Anhänger der Christdemokraten, die Merkels Position teilten, bei den Grünen eine politische Heimat finden könnten. Wie schon 2011 fand somit die Hauptauseinandersetzung im Wahlkampf zwischen CDU und Grünen statt. Sozialdemokraten und Liberale spielten hingegen in der medialen Berichterstattung nur eine geringe Rolle.

Bei der Landtagswahl am 13. März 2016³⁷ erzielten die Grünen mit 30,3 Prozent der Stimmen ein Rekordergebnis und wurden erstmals stärkste Partei im Stuttgarter Landtag. Entscheidend für den Wahlsieg war vor allem der enorm populäre Spitzenkandidat Kretschmann, der auch viele frühere CDU-Wähler von sich überzeugen konnte. Ebenfalls wichtig waren die von den Wählern als sehr gut wahrgenommene Bilanz der Landesregierung, das positive Image der Grünen im Südwesten sowie die Haltung Kretschmanns beim Thema Flüchtlingspolitik (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2016b; Gabriel & Kornelius 2016: 517). Die CDU kam lediglich auf 27,0 Prozent und erhielt damit ihr schlechtestes Ergebnis seit dem Bestehen Baden-Württembergs. Die AfD war erstmals in Baden-Württemberg angetreten und wurde aus dem Stand drittstärkste Kraft (15,1 Prozent). Die SPD erlitt deutliche Verluste (12,7 Prozent), während sich die FDP wieder verbesserte (8,3 Prozent).

36 Kretschmann sagte in einem Interview: „Welcher ihrer Amtskollegen in der EU soll denn Europa zusammenhalten, wenn sie fällt? Da ist weit und breit niemand in Sicht. Deshalb bete ich jeden Tag dafür, dass die Bundeskanzlerin gesund bleibt.“ (Tagesspiegel 2016)

37 Die Wahlbeteiligung betrug 70,4 Prozent und lag damit über der von 2011.

Vor diesem Hintergrund gestaltete sich die Koalitionsbildung schwierig. Schließlich hatten weder Grün-Rot noch Schwarz-Gelb eine Mehrheit, und weder die SPD noch die FDP waren bereit, mit dem jeweils anderen politischen Lager eine Koalition einzugehen. Nach langen Verhandlungen einigten sich CDU und Grüne auf ein Regierungsbündnis unter der Führung von Winfried Kretschmann. Am 12. Mai 2016 wurde er erneut zum Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gewählt.

Die neue Koalition wollte vor allem in Infrastruktur, Bildung und den Ausbau des schnellen Internets investieren und zugleich Schulden abbauen. Beide Seiten konnten für sich inhaltliche Erfolge verbuchen: die CDU durch die Schaffung von 1.500 zusätzlichen Stellen bei der Polizei, die Grünen durch die Beibehaltung wichtiger Projekte von Grün-Rot (z.B. den Windkraftausbau oder die Gemeinschaftsschulen) (vgl. Zeit Online 2016). In der neuen Regierung (siehe Abbildung 2) behielten die Grünen die Zuständigkeit für die Bereiche Umwelt, Verkehr und Wissenschaft. Außerdem übernahmen sie das Sozialressort sowie das Finanzministerium. Die Zuständigkeit für den ländlichen Raum gaben sie an die CDU ab. Die Christdemokraten erhielten darüber hinaus ein aufgewertetes Innenministerium sowie die übrigen zuvor von der SPD besetzten Ressorts.

Abb. 2: Die grün-schwarze Landesregierung

Amt	Person (Partei)
Ministerpräsident	Winfried Kretschmann (Grüne)
Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration; stellvertr. Ministerpräsident	Thomas Strobl (CDU)
Ministerin für Finanzen	Edith Sitzmann (Grüne)
Ministerin für Kultus, Jugend und Sport	Susanne Eisenmann (CDU)
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Theresia Bauer (Grüne)
Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Franz Untersteller (Grüne)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU)
Minister für Soziales und Integration	Manfred Lucha (Grüne)
Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Peter Hauk (CDU)
Minister der Justiz und für Europa	Guido Wolf (CDU)
Minister für Verkehr und Infrastruktur	Winfried Hermann (Grüne)
Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung	Gisela Erler (Grüne)

Stand: 30.05.2016. Nicht ausgewiesen sind Staatssekretäre ohne Stimmrecht im Kabinett. Eigene Darstellung. Quelle: Staatsministerium Baden-Württemberg (2016c).

2.2 Einordnung des Landesverbands

2.2.1 *Stellung im Bundesverband*

Die baden-württembergischen Grünen nehmen innerhalb ihrer Partei eine bedeutende Stellung ein. Dies äußert sich zum einen darin, dass mehrere Grüne aus dem Südwesten in den vergangenen Jahren wichtige bundespolitische Ämter bekleideten, etwa als Parteivorsitzende oder Vorsitzende der Bundestagsfraktion. Hierzu zählen Heide Rühle, Fritz Kuhn, Reinhard Bütikofer, Rezzo Schlauch und Cem Özdemir (vgl. Gräber 2011: 31-32).

Zum anderen ist die Landesgruppe in der Bundestagsfraktion in der Regel zahlenstark vertreten, da die Wahlergebnisse der Grünen bei Bundestagswahlen in Baden-Württemberg meist besser ausfallen als im Rest Deutschlands (vgl. Eilfort 2006: 223). Im 18. Deutschen Bundestag (Legislaturperiode 2013-2017) stammen 10 von 63 Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus Baden-Württemberg. Lediglich der Landesverband Nordrhein-Westfalen stellt mehr Parlamentarier (vgl. Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion 2016). Darüber hinaus ist Baden-Württemberg, ebenfalls nach NRW, der zweitgrößte Landesverband der Grünen: Im Jahr 2013 stammten von den rund 61.360 Parteimitgliedern ungefähr 30 Prozent aus dem Südwesten (vgl. Niedermayer 2016: 11). Dementsprechend ist der Landesverband bei den Bundesparteitage durch Delegierte stark präsent und eine wichtige machtpolitische Größe.

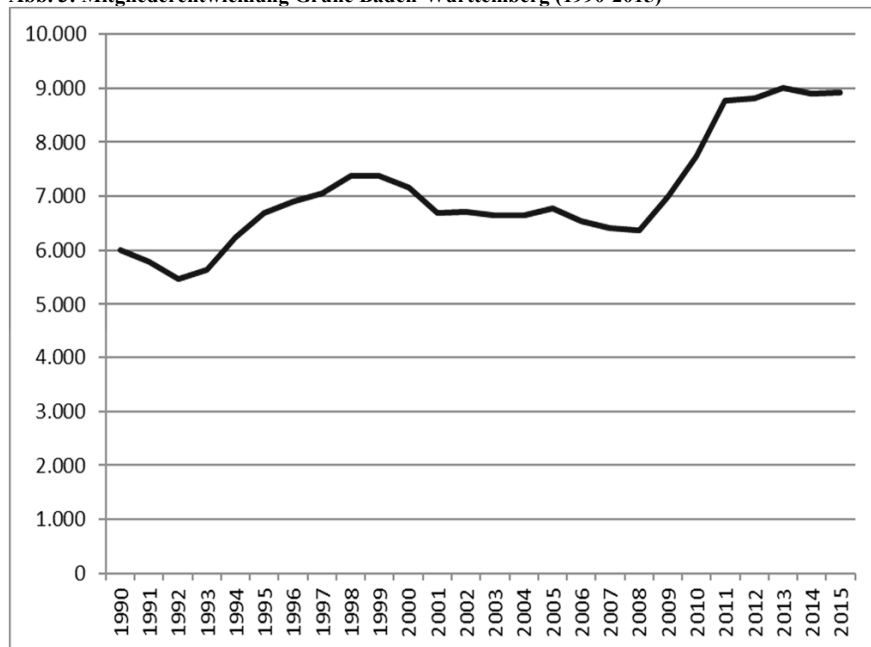
In Baden-Württemberg stellten die Grünen während des Untersuchungszeitraums nach eigener Auskunft nicht nur 14 (Ober-)Bürgermeister, sie waren auch in den Gemeinderäten und Kreisräten zahlreich vertreten: Bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 erreichten sie zusammen mit anderen grünen Listen rund 1.660 Mandate. Dabei erzielten sie in 30 Orten mehr als 25 Prozent der Stimmen und bildeten in neun Städten und Gemeinden die größte Fraktion (vgl. Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg 2014a).

Abbildung 3 veranschaulicht die Entwicklung der Mitgliederzahlen von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg zwischen 1990 und 2015.³⁸ Es wird deutlich, dass die Partei insbesondere von 2010 bis 2013 stark gewachsen ist: Waren Ende 2009 rund 7.000 Menschen Mitglied in der Partei, so waren es zum 31. Dezember 2013 schon ungefähr 9.000. Dies entspricht einer Steigerung von rund 29 Prozent. Allerdings konnten in diesem Zeitraum auch die Landesverbände in Berlin, Hessen und Bayern Mitgliederzugewinne in einer ähnlichen Größenordnung verzeichnen (vgl. Niedermayer 2016: 11).

38 Eine tabellarische Darstellung der Parteimitgliederzahlen der baden-württembergischen Landesverbände von CDU, SPD, FDP und Grünen für diesen Zeitraum befindet sich im Anhang. Angaben für die Grünen vor 1990 finden sich bei Gänzle (2004).

Über die Gründe für diese massive Beitrittswelle kann nur spekuliert werden, da hierzu keine Befragungsdaten für die Gesamtpartei existieren. Sicherlich spielte die im vorangegangenen Abschnitt geschilderte allgemeine politische Lage auf der Bundesebene ab 2009 eine wichtige Rolle. Für die baden-württembergischen Mitglieder der Grünen lässt sich sagen, dass für Personen, die nach 2010 eintraten, vor allem die Auseinandersetzung um S21, die bevorstehende Wahl sowie die Nuklearkatastrophe von Fukushima eine wichtige Rolle spielten (vgl. Dürr 2015: 96).³⁹

Abb. 3: Mitgliederentwicklung Grüne Baden-Württemberg (1990-2015)



Eigene Darstellung. Quelle: Niedermayer (vgl. 2016: 10-11).

39 Delwit und Van Haute (vgl. 2008: 111) nehmen an, dass Personen, die grün-alternativen Parteien nach einem erstmaligen Regierungseintritt beitreten, sich von langjährigen Mitgliedern unterscheiden. Auf Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede neu eingetretener und langjähriger Parteimitglieder der Grünen in Baden-Württemberg wird in dieser Arbeit nicht näher eingegangen. Hiermit befasst sich Dürr (2015). Unter anderem kommt er zu dem Ergebnis, dass sich Alt- und Neumitglieder hinsichtlich sozialstruktureller Merkmale und ihrer ideologischen Selbstverortung nicht wesentlich unterscheiden. Allerdings finden sich Unterschiede bei den Motiven für ihre Parteimitgliedschaft sowie ihren Parteizielpräferenzen (vgl. Dürr 2015: 98-99).

Trotz der Mitgliederzugewinne sind die Grünen in Baden-Württemberg als eine relativ kleine Partei einzuordnen. Dies wird deutlich, wenn man sich die Größe der wichtigsten politischen Mitbewerber im Südwesten vergegenwärtigt: Ende 2013 hatte die CDU rund 68.700 Mitglieder und die SPD ungefähr 36.500 Mitglieder. Bemerkenswert ist, dass die Grünen als einzige im baden-württembergischen Landtag vertretene Partei nach der Landtagswahl 2011 einen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnten, während CDU, SPD und FDP kontinuierlich Mitglieder verloren (vgl. Niedermayer 2016: 4-11).

2.2.2 *Inhaltliche Ausrichtung*

Im Südwesten haben die Realos seit langer Zeit einen regionalen Schwerpunkt (vgl. Richter 2006: 133). Deshalb wird Baden-Württemberg oft als besonders pragmatisch und bürgerlicher als andere Landesverbände der Grünen beschrieben (vgl. Eilfort 2006: 216).⁴⁰ Allerdings war dies nicht von Anfang an so. In den 1980er Jahren hatten die Fundis zeitweise eine Mehrheit im Landesvorstand oder waren eine lautstarke Minderheit, was zu den bereits erwähnten heftigen Auseinandersetzungen führte (vgl. Raschke 1993: 252).

Die starke realpolitische Prägung der Landespartei ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem besonders konservativen programmatischen Profil, das die Grünen im Ländle von anderen Landesverbänden fundamental unterscheiden würde. Dies legt zumindest eine Untersuchung von Bräuninger und Debus (2012) nahe. Die beiden Forscher kommen in ihrer Analyse von Wahlprogrammen im Zeitraum von 1990 bis 2008 zwar zu dem Ergebnis, dass sich die baden-württembergischen Grünen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Durchschnitt nicht so links verorten wie etwa die Grünen in Bayern oder Berlin, jedoch stellen sie auch keine Ausreißer dar. Die Landesverbände in Sachsen, Thüringen oder Hessen positionieren sich ähnlich moderat. Dies lässt sich ebenfalls im Bereich der Gesellschaftspolitik feststellen: Die Südwest-Grünen nehmen zwar eine etwas konservativere Haltung als die meisten anderen Landesverbände ein, doch tun dies auch die Grünen in Berlin, Brandenburg, Bremen und Sachsen. Hinzu kommt, dass sich die Grünen in Baden-Württemberg immer noch linker und progressiver positionieren als die Landesverbände der CDU, FDP oder SPD. Allerdings ist erkennbar, dass sich die Grünen in Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum in ihren Positionen den anderen Parteien angenähert haben und damit als moderat

40 Siehe hierzu auch die polemische Äußerung des ehemaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin, die Baden-Württemberger seien das Waziristan der Grünen, d.h. besonders radikale Realos (vgl. Süddeutsche.de 2014).

und nicht dezidiert links eingestuft werden können (vgl. Bräuninger & Debus 2012: 60-62, 164-166).

Auch im Hinblick auf die Einstellungen der Parteimitglieder lässt sich nicht belegen, dass die Grünen in Baden-Württemberg sich grundlegend von anderen Landesverbänden unterscheiden. Anhand der Daten von Parteimitgliedern in Stuttgart vergleichen Thaidigsmann und Neller (2004) unter anderem die ideologische Selbsteinstufung von Angehörigen der CDU, SPD, FDP und der Grünen. Mithilfe einer Links-Rechts-Skala mit einem Wertebereich von 1 (sehr links) bis 11 (sehr rechts) stellen sie fest, dass sich die Mitglieder der Grünen im linken Spektrum verorten (Mittelwert: 4,0), während sich die Mitglieder der anderen Parteien rechter positionieren (vgl. Thaidigsmann & Neller 2004: 103-105). Diese Selbsteinschätzung entspricht den Befunden anderer Parteimitgliederstudien, wonach sich Mitglieder der Grünen durchschnittlich als eher links verorten, während Mitglieder der CDU, SPD und FDP im politischen Spektrum rechts davon zu finden sind (vgl. Spier 2011b: 125-126).⁴¹ Gestützt werden diese Erkenntnisse durch aktuellere Daten aus der vorliegenden Arbeit (siehe Abschnitt 5.3.2.8). Vor diesem Hintergrund lässt sich festhalten, dass auch auf der Mikroebene keine nennenswerte Differenz zwischen den baden-württembergischen Grünen und anderen Landesverbänden existiert.

Es ist hingegen richtig, dass die grünen Parteieliten in Baden-Württemberg aufgrund der strukturellen Schwäche der Sozialdemokraten bereits früh schwarz-grüne Gedankenspiele unternommen haben. Zudem fanden im Südwesten der Republik die ersten Sondierungsgespräche zwischen CDU und Grünen statt. Jedoch wurden die ersten Regierungsbündnisse mit Christdemokraten von anderen grünen Landesverbänden eingegangen: 2008 in Hamburg, 2009 unter Beteiligung der FDP im Saarland („Jamaika-Koalition“) sowie 2013 in Hessen. Zu beachten ist außerdem, dass die Südwest-Grünen 2016 eine grün-schwarze Koalition nur eingingen, weil die Fortsetzung von Grün-Rot nicht möglich war.⁴²

41 Werden die angegebenen Literaturstellen miteinander verglichen, so ist zu beachten, dass der Skalenbereich variiert. Spier (vgl. 2011b: 124) verwendet eine Links-Rechts-Skala mit einem Wertebereich von 0 bis 10. Demnach entspricht ein Wert von 3 dort einem Wert von 4 bei Thaidigsmann und Neller (2004).

42 In ihrem Koalitionsvertrag wird dies direkt angesprochen: „Diese Koalition war nicht unser erklärtes Ziel. [...] Die Wählerinnen und Wähler haben uns durch ihr Votum aufgefordert, einen neuen Weg zu gehen.“ (Bündnis 90/Die Grünen & CDU Baden-Württemberg 2016: 5)

2.3 Zwischenfazit: Das Profil des Landesverbands

Es lässt sich festhalten, dass es sich bei den Grünen in Baden-Württemberg um eine bedeutsame Landespartei handelt. Zahlreiche Grüne aus dem Ländle bekleideten immer wieder wichtige Posten im Bundesverband bzw. in der Bundestagsfraktion. Zudem stellen die Baden-Württemberger sowohl auf den Bundesparteitagen als auch im Bundestag eine große Gruppe von Delegierten bzw. Abgeordneten.

Die Grünen im Südwesten sind kommunalpolitisch stark verankert und konnten seit ihrem Bestehen bei jeder Landtagswahl die Fünf-Prozent-Hürde überwinden – über eine derartige Unterstützung in der Wählerschaft verfügen längst nicht alle grünen Landesverbände. Aufgrund ihrer bemerkenswerten Erfolge bei den Landtagswahlen 2011 und insbesondere 2016 attestieren Gabriel und Kornelius (2016: 507) den baden-württembergischen Grünen folgerichtig einen:

Wandel [...] von einer von jüngeren Menschen getragenen urban-bildungsstarken Milieupartei zu einer – was ihre elektorale Performanz betrifft – universell-integrativen Großpartei.

Es wurde darüber hinaus gezeigt, dass die Südwest-Grünen kein konservativer Sonderfall innerhalb ihrer Partei sind. Weder ihre programmatische Ausrichtung noch die Selbstverortung der Parteimitglieder unterstützten eine derartige Einordnung. Vielmehr wurde deutlich, dass der Landesverband schon immer real-politisch geprägt war und auch weiterhin ist. Dadurch unterscheidet er sich von anderen grünen Landesverbänden. Hinzu kommt das Alleinstellungsmerkmal, erstmalig einen grünen Ministerpräsidenten gestellt zu haben.

Während die Grünen in anderen Bundesländern bereits ab Mitte der 1980er Jahre auf Landesebene und ab 1998 auf Bundesebene Regierungserfahrung sammeln konnten, blieb den Grünen in Baden-Württemberg diese Erfahrung lange verwehrt. Obwohl sie schon früh über schwarz-grüne Regierungsbündnisse nachdachten, kam es erst 2016 zu einer Zusammenarbeit mit der CDU. Rot-Grün war aufgrund der andauernden Schwäche der SPD im Südwesten keine realistische Option. Umso bemerkenswerter war, dass der Landesverband im Jahr 2011, nach mehr als drei Jahrzehnten in der Opposition, zur führenden Regierungspartei wurde.

Die Grünen als führende Regierungspartei
Eine empirische Partieliten- und Parteimitgliederstudie
Dürr, M.
2018, XII, 224 S. 19 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-19093-4